

Donnerstag, den 27. Februar 1919

Lodzer

Einzelverkaufspreis 20 Pfsg.

# Freie Presse

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene Nonpareillezeile 40 Pfsg. — Ausland 50 Pfsg.  
Die viergespaltene Neßlame-Viertelzeile 2 Ml. — Für Platzvorschriften Sondertarif  
Anzeigenannahme bis 7 Uhr abends.

Bezugspreis: Die Zeitung erscheint täglich morgens. Montag: mittags. Sie kostet  
in Lodz und Umgegend wöchentlich 1 Mark 25 Pfennige, monatlich 5.— Mark,  
bei Postversand Mr. 1,50 bzw. Mr. 6.—

Nr. 57

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 86

2. Jahrgang

## Nach den Stadtratswahlen.

Häufige Agitation, bei der weniger darauf geachtet wird, daß sie ehrlich und angenehm wirkt als daß sie laut ist, hat nicht immer den größten Erfolg. Freundschaftskundgebungen reaktionärer Gruppen für die unteren und mittleren Bevölkerungsschichten erwerben, weil sie in der Praxis des Alltags leider so selten die Befähigung finden, weniger Vertrauen als erhöhtes Misstrauen. Ganz besonders bei den Wahlen hat die Glaubensseligkeit eine Grenze.

Die Lodzer Stadtverordnetenwahlen liefern den Beweis für die Nichtigkeit dieser Betrachtung. Hat es bei den kaum einen Monat zurückliegenden Wahlen für den gesetzgebenden Landtag besonders unter den Arbeitern noch viele gegeben, die als völlig Indifferente auf dem Gebiete der Politik und des Parteiwesens von den lautesten Agitatoren mitgenommen wurden, die von geschickten Schlagworten und volksfreudlich gesprochen Wahlaufrufen sich blenden ließen, so ist dies bei den Stadtverordnetenwahlen rasch anders geworden. Besonders dicht geschlossen in die sozialistische Arbeiterschaft in die Reihen getreten. Ihre Beteiligung an den Wahlen war verhältnismäßig weit stärker als die der bürgerlichen und intellektuellen Gruppen. So hat die Partei Polnischer Sozialisten den weitauß größten Wahlausgang erreungen, sie zieht mit 25 Vertretern in das Stadthaus ein. Es scheint sogar, als ob ein Teil der Kommunisten, die bei den Landtagswahlen absolute Wahlausgangsmeile predigten, sich zur Erringung einer Arbeiterschaft im Stadtparlament auf die Seite der P. S. geschlagen hätten, so überraschend ist in diesen paar Wochen ihre Wahlausgangschaft gewachsen. Auch radikalierte deutschstämmige Arbeiter mögen sich trotz der besonderen deutschen Arbeiterschaft in größerer Anzahl der P. S. zugesellt haben, die allerdings auch unter den deutschen Arbeitern werben ließ.

Auffällig ist der geringe Erfolg der ausgesprochen national gerichteten Gruppen (polnische Handwerker, Hausbesitzer, Intelligenz), die bei den Landtagswahlen noch gut abgeschnitten hatten. Ebenso löste es allgemeine Überraschung aus, als bekannt wurde, daß auch das polnische nationale Arbeiterwahlkomitee, das bei den Landtagswahlen mehr Sitze errang als die P. S., nun weit hinter dieser Partei zurückließ. Neben vielen anderen Zeichen ist dies ein kräftiger Beweis dafür, daß die Arbeiterschaft sich rapid in das Netz radikaler sozialistischer Ideengänge verstrickt. Die um sich greifende Not unter den Arbeitern, denen leider noch immer nicht Beschäftigung und Verdienst geschaffen werden konnte, mag diejenigen Entwicklungsprozeß beschleunigen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß das polnische nationale Arbeiterwahlkomitee, dem man heute naßgruft, daß es von der galoppierenden Schwindsucht befallen sei, durch den Wahlausgang sich gezwungen sehen wird, seine sozialen und wirtschaftlichen Forderungen zu radikalisieren, um nicht noch mehr Anhänger an die P. S. zu verlieren.

Immerhin kann das nationale Arbeiterwahlkomitee dennoch ein aggressives Vorgehen der sozialistischen Gruppen verhindern, da es mit seinen 18 Stimmen eine starke Mitte bildet, die bei entscheidenden Abstimmungen oftmals den Ausschlag geben wird. Die P. S. und das nationale Arbeiterwahlkomitee bilden zusammen die absolute Mehrheit.

Die verschiedenen jüdischen Parteien haben alles in allem 19 Sitze gewonnen. Davon gehören fünf den radikalen Bünden, die voraussichtlich immer auf der Seite der entschiedensten Vertreter sozialistischer Forderungen stehen werden. Die deutsche Gruppe (Vereinigung der körperlichen und geistigen Arbeiter) hat trotz der wilden Bekämpfung, die sie durch einige Männer erfuhr, die nach langen und bangen Irrfahrten endlich ein bequemes „deutsch-polnisches“ Fahrwasser gefunden haben, 6 Sitze erobert. Das ist ein schöner Erfolg, den viele nicht mehr erhofft hatten. Man bedenke wohl, daß manches gegen die Liste 3 sich verübt hatte! Geschädigt haben ihr vor allem die Kommunisten, welche die erste von der Deutschen Volkspartei einberufene Versammlung heimsuchten und durch ihr unbesonnenes Auftreten in der zweiten Wahlversammlung den bekannten blutigen Vorfall heraufbeschworen. Durch die zahlreichen Verhaftungen, die in dieser Angelegenheit vorgenommen wurden, blieben der Vereinigung eisige Werber entzogen. Viele Arbeiter, Angeleute und Bürger waren erschrocken in den Hintergrund. Die böswillige Fama brachte es sogar fertig, der Vereinigung kommunistische Neigung

nachzusagen und durch diese Ausstreuung manchen ordnungsliebenden, aber wenig scharfsinnigen Wähler von der Liste 3 fernzuhalten. Wie von verschiedenen Seiten glaubwürdig berichtet wird, hat besonders eine Person das unfeste Gerücht verbreitet, daß ein verhafteter, mittlerweile freigelassener Anhänger der Vereinigung mit „bolschewistischen Geldern“ arbeite. Neben den Kommunisten waren es jene schon oben erwähnten neuesten und treuesten polnischen Staatsbürger deutsch-polnischer Zunge, die nicht oft genug die Mär aufstießen konnten, einige der Führer der Vereinigung deutscher Arbeiter seien Volksverführer, die während der vergangenen Okkupationsjahre hier bei uns eine Germanisierung in alddeutsch-annektionistischem Sinne betrieben hätten. Durch solche Auslassungen, die chauvinistischen Blättern und überstürzten Erforschungsbeamten Wasser auf die Mühle sind, sollte dem deutschen Arbeiter und Bürger Angst vor dieser „gefährlichen“ Vereinigung eingesetzt werden, und es mag wohl sein, daß dieser oder jener Biebermeier und Nachdeutsche auf diese Weise bestimmt wurde. Nun, die „vernichtung“ der Liste 3 ist nicht gelungen, es hat sich erwiesen, daß die große Masse der einheimischen deutschen Bevölkerung treu hinter den Männern steht, die sich durch ihre ehrliche und unerschrockene Arbeit verdient gemacht haben. Damit mögen die Anhänger der Vereinigung deutscher Arbeiter und der mit ihr verbündeten Deutschen Volkspartei zufrieden sein. Nach der prompt erfolgten Abwehr unberechtigter gegnerischer Angriffe mögen sie nun ihre erwählten Vertreter ansprechen, damit sie ohne Verbeugungen nach links und rechts zur positiven aufbauenden Arbeit zum Wohle der Stadt und ihrer gesamten Bevölkerung schreiten.

Die Partei deutsch-polnischer Demokratie hat es durch intensivste Wahlarbeit erreicht, daß sie einen Vertreter in das Stadtparlament entsenden kann. Wie jede andere Gruppe wird sie, ihre Stellungnahme und die von ihr geleistete Arbeit durch uns eine sachliche Behandlung erfahren. Es wird sich ja bald erweisen, ob sie Lebenskraft genug besitzt, um die in ihren Organismus eingedrungenen Bakterien abzustoßen.

Trotz der in Fülle vorhandenen Gegensätzlichkeiten in den Anschauungen werden die beiden legt-nannten Gruppen gemeinsame Interessen genug haben, wenn sie ihre Aufgabe ernst nehmen. Gemeinsame Interessen aber schaffen schließlich auch wieder einmal die Möglichkeit für einen friedlichen Nebeneinander und zeitweiliges Zusammensein.

Zum Schlusse sei noch erwähnt, daß die auf nationalem Gebiet hoffentlich ernsthaft toleranten polnischen Sozialisten, die Juden und die Deutschen eine Mehrheit bilden können. Das ist ein Lichtblick für alle diejenigen, die zu einer nationalen Minderheit gehören und fürchten, daß es chauvinistischen Elementen gelingen könnte, die Rechte der Minderheiten zu beschneiden, die gewiß ebenso aufrichtig und treu wie alle andern ihre Bürgerpflichten erfüllen werden. F. R.

## Polnischer Landtag.

(Die Dienstagssitzung.)

Der Marschall eröffnet die Sitzung 3/4 Uhr und überreicht einige Anträge an die zuständigen Kommissionen, worauf er erklärt, es sei bereits eine derart große Anzahl von Anträgen und Interpellationen eingegangen, daß der Landtag zwei Jahre brauchen würde, um sie alle zu erledigen. Hierauf wird die Aussprache über die Exposés des Ministerpräsidenten und des Finanzministers fortgesetzt.

Abg. Łowenski spricht im Namen der polnischen Juden und führt u. a. aus: Gestern ist von einigen Rednern die jüdische Frage berührt worden. Redner bewirkt, daß die polnischen Juden sich zur polnischen Nationalität bekennen und Polen als ihr Vaterland ansehen. Die Lösung der jüdischen Fragen sei eine Staatsnotwendigkeit und müsse auf gerechte Weise erfolgen. Dieser Standpunkt hätte leider wenig Unterstützung gefunden, was den Einfluß der Partei auf die jüdische Gesellschaft geschwächt hätte. Der Judentum, geführt durch Verallgemeinerung unmäßiger Ausschreitungen einzelner Personen, steigerte sich und führte zu traurigen Vorfällen, die Redner schrodig zu übergehen vorzieht. Die Partei des Redners wird nicht gestatten, daß man sie an der ehrlichen Erfüllung ihrer bürgerlichen Pflichten hindere. Unsere Devise ist — schließt Redner — die Tradition mit dem Fortschritt, die Anhänglichkeit und Treue für den wahren Glauben der Väter mit der heißen Liebe zum Vaterland sowie mit der Tradition der Vergangenheit und dem Pflichtverständnis zu vereinigen.

Abg. Korfanty bespricht die traurige Lage im Lande und kritisiert die im Ministerium des Auswärtigen herrschenden Verhältnisse. Hierauf unterzieht er die Wirtschaft des Oberst Jaworski, des Chefs der Intendantur der polnischen Armee, einem strengen Kritik und erklärt, daß sein Club mit allen Kräften die Bestrebungen nach Verkürzung der Souveränitätsrechte des Landtags bekämpfen werde. Der Club wird alle Kräfte anwenden, um dictatorischen Versuchen Einzelner, sei es von der äußeren Rechten oder der äußeren Linken, entgegenzuwirken. In der Antwort an den Abgeordneten auf dessen Anfrage in der Angelegenheit der Mußstörer innerhalb des Landes erklärt er, daß Stolarz dies von den Kollegen aus der Verfassungskommission erfahren könne. Zu den Mußstörern sind auch diejenigen zu zählen, die am Sonnabend den Ministerpräsidenten nicht in das Haus lassen wollten, in die Räder des Automobils eingriffen mit dem Rufe „Nie pier jediesz“. Die polnische Republik muß es sich verbitten, daß Elemente die „Nie pier jedesz“ sagen, die öffentliche Ordnung untergraben.

Weiter antwortet Abg. Korfanty auf den Vorwurf des Abg. Tichna, der dem Posener Teilgebiet Hoheitspolitik vorwarf und die dortigen Vorrichtungen kritisirt. Hierauf polemisiert er mit den Abgeordneten Pruska und Grünbaum. Der Club des Redners verdammte jeden Missbrauch gegen die jüdische Bevölkerung, aber für die Rechte, die die Republik den Juden einräumt, müßt die jüdische Bevölkerung alle Pflichten diesem Staat gegenüber erfüllen. Den Juden müßt ein ihnen zukommendes Maß der Gerechtigkeit gegeben werden, aber größere Rechte, als sie der polnische Bürger besitzt, dürfen ihnen unter keiner Bedingung eingeräumt werden. Die jüdischen Abgeordneten klagen die polnische Gesellschaft allgemein an, aber sie vergegen, daß auch die Juden nicht ohne viele, sehr schwere Verschuldungen gegenüber der polnischen Gesellschaft sind. Redner meist hier auf das Memorial hin, daß der Ententemission in Lemberg vertraulich von Aszkenazy eingeschaut wurde, in dem die Gesellschaft, die Behörden und die Beamten der Organisation des und der Beteiligung an den Pogroms angeklagt werden. Zurufe (Schmach). Die Namen dieser Schuldigen konnte Aszkenazy jedoch nicht angeben, wer aber eines Verbrechens anklagt, muß den Mut haben, die Verbrecher bei ihrem Namen zu nennen. Nach den bekannten Dezembervorfällen in Posen machten Berliner jüdische Blätter, wie das „Berliner Tageblatt“ usw., der Welt bekannt, daß in Posen ein Judentagpogrom stattgefunden habe, indessen ist keinem einzigen Juden ein Haar gefräntzt worden.

Weiter polemisiert Redner mit dem Abg. Daszyński, dessen Ausführungen er widerlegt. Den Feind habe das Volk hinausgetrieben, zum Teil Bauern und Arbeiter, aber nicht diejenigen, die unter dem Kommando Daszyński gehörten. Bei Ver sprechung der Tätigkeit der Regierung des Herrn Moraczewski sagt Korfanty, daß durch ein sonderbares Zusammentreffen der Umstände das Ander der Macht in die Hände einer verhältnismäßig kleinen Gruppe geraten sei, worauf er bemerkt, daß jede Macht sich sei und derjenige, der zur Macht gelangt ist, sie nicht aus den Händen geben will. Deswegen klagte sich Moraczewski an die Macht.

Abg. Moraczewski: Sie lügen, sie lügen bewußt. Der Marschall ruft den Abg. Moraczewski zur Ordnung.

Weiter sagt Abg. Korfanty: Der Abg. Daszyński sagte, daß es eine der Sorgen der Regierung Moraczewski war, so schnell als möglich das Zeichen der polnischen Staatlichkeit auf die Mauern zu pflanzen. Das Zeichen dieser polnischen Staatlichkeit sah ich in Warschau, als ich im November des vorigen Jahres hierher kam. Da meiste auf dem für jeden Polen teuren königlichen Schloß als Symbol der polnischen Staatlichkeit — die rote Fahne. Diese Fahne hatte, wie man mich informierte, ein sozialistischer Genosse gehisst, den ein deutscher Genosse begleitete. (Rufe rechts: Schmach, auf der Linken Lärm.) Die auswärtige Politik des vorigen Kabarett hat alles getan, um Polen auf internationalem Boden so schlecht als möglich hinzustellen. Der Redner behauptet nicht, daß dies die Absicht des Herrn Moraczewski war, aber seine Politik mußte dazu führen. Herr Moraczewski strebte zwar nach der Einberufung des Landtag, aber er stellte sich seine Zusammensetzung anders vor. Die Bauern und Arbeiter drückten hier der Regierung des Herrn Moraczewski ein vollkommenes Misstrauensvotum aus.

Abg. Korfanty widerlegt die Vorwürfe, die dem Nationalkomitee in Paris gemacht werden. Er antwortet des weiteren auf Daszyński Ausführungen. Die polnische Bilderverwaltung erstickt sich auf al-

gen und zitiert einen Absatz aus einer Rede, die Daszyński am 3. Oktober 1916 gehalten und in der er unter anderem gesagt haben soll: „Unser Programm rankt sich wie Efeu um den Thron der Habsburger, aber dieser Efeu hatte und hat seine Wurzeln in polnischem Lande.“

Dieses Zitat rief auf der Linken einen unbeschreiblichen Lärm hervor. Abg. Daszyński ruft: Woher haben Sie das genommen? Stimmen: Anführen, woher das genommen ist? Woher die Zitate? Fälscher! Abg. Klemensiewicz ruft: Gemeinde, wofür der Marschall ihn zur Ordnung ruft.

Hierauf teilt Abg. Korfanty mit, daß sein Club dem Landtag den Antrag vorlegen wird: Der Landtag nimmt das Exposé des Ministerpräsidenten Ignacy Paderewski zur Kenntnis und drückt ihm ein volles Vertrauen aus.

Abg. Barlicki bespricht im Zusammenhang mit der Erklärung des Premiers „Fort mit dem Bolschewismus“ die Haltung der bestehenden Klassen in der Angelegenheit des Staatschases. Redner sieht die Furcht der polnischen Bourgeoisie vor dem Bolschewismus darin, daß der Bolschewismus eine Verzweiflung sei, zu der unter einigen Bedingungen auch das polnische Volk geführt werden kann, und darin, daß sich das Gewissen der Bourgeoisie röhrt. Weiter stellt Redner fest, daß er mit dem Exposé des Ministers Englich unzufrieden sei und sein Projekt entschieden ablehne. Des weiteren spricht Redner die Tätigkeit des Verpflegungsministeriums, das als Hindernis für seine Tätigkeit die schwach entwickelte Idee des Gehorsams gegenüber der Behörde angebe. Redner behauptet, daß hier jedoch nicht die Idee des Gehorsams den Behörden gegenüber, sondern der Egoismus und die Gier der landwirtschaftlichen Kreise, ebenso der Gutsbesitzer wie der reichen Bauern, verursacht hat, daß die Staatsmagazine leer stehen. (Stimmen: Nicht wahr.) Abg. Barlicki ist der Meinung, daß es besser wäre, 1000 Gutsbesitzer in Tessin zu schmieden, als die Quallen von Millionen mit anzuziehen. Das Amt zum Kampf mit dem Bucher und dem Schleichhandel erfülle seine Aufgabe nicht, da der Schleichhandel weiter blühe. Hierauf fordert der Redner, die vielen Waren anzugeben, die nach den Deutschen verblieben sind, wobei er behauptet, daß ihr Wert ungefähr eine Milliarde betrage. Redner kritisiert scharf die Verpflegungswirtschaft im Ministerium für Heeresangelegenheiten.

Zum Schlus drückt Redner die Hoffnung aus, daß das auf die schöpferischen Kräfte der Volks- und Proletariernmaßen gestützte Polen von den Toten auferstehen, emporblühen und den Vätern vorangeln werde.

Abg. Daszyński widerfährt kategorisch, daß er die von Korfanty zitierten Worte ausgesprochen habe, und erklärt, daß Abg. Korfanty das Opfer des Vertrags eines Journalisten geworden sei.

Damit ist die Aussprache beendet. Der Marschall läßt über den Antrag des Abg. Korfanty und Genossen in der Angelegenheit der Annahme des Vertrags eines Journalisten geworden sei. Damit ist die Aussprache beendet. Der Marschall läßt über den Antrag des Abg. Korfanty und Genossen in der Angelegenheit der Annahme des Vertrags eines Journalisten geworden sei.

Abg. Daszyński: Sie lügen, sie lügen bewußt. Der Marschall ruft den Abg. Moraczewski zur Ordnung.

Es wird die Dringlichkeit des Antrags des Abg. Perls und Genossen in der Angelegenheit der projektierten Anordnung des Annahmezustandes im Lubliner Gebiet und im Dombrowaer Becken anerkannt.

Endlich ruft der Marschall den Abg. Barlicki für den Ausdruck zur Ordnung, daß die politische Feldgendarmerie eine Nachfolgerin der russischen Gendarmerie sei, da diese Worte eine unerlaubte Verunglimpfung einer staatlichen polnischen Institution enthalten.

Zum polnisch-schlesischen Waffenstillstand Krakau, 26. Februar. (P. A. T.)

Die Regierungskommission teilt mit, daß auf Grund des Abkommens, das in der Nacht von 24. zum 25. d. M. zwischen den polnischen und tschechischen Truppen abgeschlossen worden ist, die polnischen Truppen heute Teschen, Freistadt, Trzyniec und Jablonka besetzt haben. Laut dem Abkommen darf die polnische Artillerie jedoch nicht in Teichen eintreten, während sich die tschechische hinter Ostromiec zurückziehen hat. Die Kohlenbeden wird von Entente truppen besetzt.





